



Pflegebündnis Recklinghausen

c/o ver.di, Niko Köbbe, Kaiserwall 17, 45657 Recklinghausen

Nach dem Klatschen nun die Klatsche

Pflegebündnis Recklinghausen demonstriert gegen Armutslöhne in der Altenpflege

Das Pflegebündnis Recklinghausen ruft auf zu einer Demonstration am Donnerstag, dem 25. März, gegen das Verhalten der Caritas-Arbeitgeber, die einen allgemeinen Tarifvertrag für die Beschäftigten in der Altenpflege verhindert haben. Die Demonstration beginnt nach einer Auftaktkundgebung an der Pauluskirche in Recklinghausen um 17 Uhr und führt zur Caritas-Geschäftsstelle an der Mühlenstraße.

Die Caritas-Arbeitgeber haben die Hoffnung von hunderttausenden Beschäftigten in der Altenpflege auf bessere Bezahlung zerstört. Am 25. Februar hat die Bundeskommission der Caritas gegen die Stimmen der Arbeitnehmerseite einen Tarifvertrag über Mindestarbeitsbedingungen in der Pflegebranche verhindert. Mit diesem Tarifvertrag hätte dem vor allem durch kommerzielle Pflegeanbieter betriebenen Lohndumping ein Riegel vorgeschoben werden können. Die Gewerkschaft ver.di hatte mit der Bundesvereinigung der Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVAP) einen Tarifvertrag mit Lohnsteigerungen oberhalb des Mindestlohniveaus vereinbart, den der Bundesarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklären wollte. Hierzu wäre eine Zustimmung der kirchlichen Träger nötig gewesen. Auf Grundlage des Tarifvertrags wären die Mindestentgelte in der Pflegebranche bis Mitte 2023 um durchschnittlich 25 Prozent gestiegen. Für die überwiegend weiblichen Altenpflegekräfte in Deutschland ist nun ein flächendeckender und für alle verbindlicher Tarifvertrag weit in die Ferne gerückt. Betroffen sind 1,2 Millionen Beschäftigte, davon 420.000 bei ambulanten Diensten und knapp 800.000 in Pflegeheimen.

Detlev Beyer-Peters, Betriebsratsvorsitzender in einem Recklinghäuser Seniorenzentrum und Mitglied der ver.di-Tarifkommission Altenpflege, kommentiert: „Die Entscheidung der Caritas ist mehr als scheinheilig. Zweieinhalb Jahre Vorbereitungen und Verhandlungen gingen der Unterzeichnung des Tarifvertrages für einen bundesweit geltenden Tarifvertrag Mindestbedingungen in der stationären, teilstationären und ambulanten Alten- und Krankenpflege voraus. Ziel des Tarifvertrages sollte sein, einheitliche Bedingungen für die Beschäftigten in der Pflege auf einem höheren Niveau sicherzustellen, als dies beim derzeit geltenden Mindestlohn der Fall ist. Also gleiche Löhne für die jeweiligen Beschäftigungsgruppen. Dadurch würde der kapitalistische Wettbewerb, der bisher fast ausschließlich um den Preis der Ware Arbeitskraft in der Pflege geführt worden ist, entschärft werden. Denn viele Pflegeunternehmen bezahlen aus reinen Profitgründen nach wie vor den Pflegekräften weitaus weniger Lohn als dies beispielsweise bei den Kommunen oder großen Teilen der Wohlfahrtsverbände üblich ist.“

Das Versprechen der Bundesregierung und das Klatschen der Öffentlichkeit ließ hoffen, dass dies gelingt, damit keine Pflegekraft mehr zum Arbeitsamt rennen muss, um ihr Gehalt aufstocken lassen zu müssen, oder im Rentenalter die Grundsicherung beantragen muss.õ
Nach Auffassung von Werner Sarbok vom Pflegebündnis Recklinghausen werden die von der Kirche beanspruchten Sonderrechte als Argument genannt, um Dumpinglöhne in privaten Pflegeeinrichtungen zu festigen. Statt ihre christlichen Werte ernst zu nehmen, stützt die Caritas damit Profitmacherei auf Kosten der Beschäftigten. Dagegen demonstrieren wir am 25. März.